

## Antrag

der Abgeordneten **Hafenecker, Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner,**  
und **Sulzberger**

betreffend: **Darabos´-Milizpläne sofort stoppen – keine Schlechterstellung für  
Ehrenamtliche bei Blaulichtorganisationen**

Den Medien ist zu entnehmen, dass BM Darabos derzeit per Inserate Personal für eine Milizkompanie in Niederösterreich sucht, die vorwiegend in Katastrophenfällen zum Einsatz kommen soll. Konkret geht es dabei um 115 Dienstposten, die für eine Jahrespauschale von Euro 5000 pro Jahr für etwaige Einsätze in Bereitschaft sein sollen.

Vollkommen zurecht gibt es gegen diese Pläne Kritik seitens der freiwilligen Blaulichtorganisationen, die ohne Entgelt jeden Tag für die Sicherheit der Bevölkerung bereitstehen. Die Ankündigung von BM Darabos, dass es sich bei den 115 Personen vor allem um Experten im Bereich Katastrophenschutz handeln soll, spitzt die Situation für die Freiwilligen noch weiter zu.

Bereits jetzt ist es in der Regel so, dass diese Experten Mitglieder bei Feuerwehr, Rettung oder Zivilschutzverbänden sind und dadurch eine tragende Säule dieser Hilfsorganisationen darstellen. Das Angebot von Darabos würde diese Spitzenkräfte von den Freiwilligenorganisationen abziehen.

Viele Katastrophenfälle, wie etwa die Flut 1991, das Jahrhunderthochwasser 2002 oder die Schneekatastrophe 2006 haben gezeigt, dass sich Feuerwehr, Rettungsorganisationen und das Österreichische Bundesheer gegenseitig bestens ergänzen. Während die Organisationen vor Ort effektiv die Ersthilfe übernehmen können, liefert das Bundesheer vor allem eine große Anzahl Personal, schweres Gerät, spezielle Ausrüstung und die entsprechende Infrastruktur für die Versorgung. Gerade vor diesem Hintergrund wäre es sinnvoll, die Einsatzkräfte vor Ort durch fiskale Maßnahmen, wie etwa einer Befreiung von der Umsatzsteuer, aber auch einer nachhaltigen Verbilligung des Treibstoffes weiter zu stärken.

Eine Expertenmiliz mit einer Mannstärke von 115 Personen kann die Personalressourcen eines funktionierenden Bundesheeres mit einer allgemeinen Wehrpflicht nie ersetzen. Das derzeitige System sollte nicht zuletzt auch durch den

längst geplanten und bis dato nicht umgesetzten Ausbau der Pionierkaserne Melk weiter verbessert werden.

Darüber hinaus würde eine Bereitschaftsprämie von Euro 5000 pro Jahr begründeten Unmut bei jenen hervorrufen, die als Ersthelfer am Einsatzort sind, für „Gotteslohn“ arbeiten und gerade zu Beginn solcher Ereignisse extrem gefährlichen Bedingungen gegenüberstehen. Dadurch wäre der nachhaltige Katastrophenschutz unseres Bundeslandes massiv gefährdet.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert im Sinne der Antragsbegründung an die Bundesregierung, insbesondere an BM Darabos herantreten, und folgendes zu erwirken:

1. diese Milizpläne von BM Darabos sofort zu stoppen
2. sich klar für die Beibehaltung der Wehrpflicht auszusprechen und
3. den bereits beschlossenen Ausbau der Pionierkaserne Melk sofort umzusetzen“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss so rechtzeitig zuzuweisen, dass eine Behandlung am 28. Juni 2012 möglich ist.